

# PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2005-2006

Nr. 7

## Ausführlicher Bericht

13. Dezember 2005

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im Verlauf der Haushaltsdebatten und gerade heute noch einmal erlebt, dass die Kritik an diesem Haushalt sehr bescheiden ausgefallen ist. Kollege Niessen, dies kritisieren wir nicht. Ganz im Gegenteil, wir freuen uns darüber. Wir kritisieren hingegen die Tatsache, dass die Kritik, die geübt

- 360 -

Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

worden ist, sehr oberflächlich ausgefallen ist. Sie beruhte zum Teil auf falschen Zahlen und zum Teil auf einer nachweisbaren Unkenntnis der Fakten. Ich glaube, dass diese Unkenntnis der Fakten nicht auf schlechten Willen - den möchte ich nicht unterstellen - zurückzuführen ist, sondern vielmehr auf die Oberflächlichkeit bei der Analyse von Haushaltsdokumenten.

Zum Unterrichtshaushalt ist überhaupt gar keine Kritik formuliert worden, außer leicht widerlegbare Vorwürfe wie diejenigen, dass die Schätzungen nicht präzise gewesen seien, oder die Behauptung, die Simulation enthalte keine Handlungsspielräume. Das haben wir sehr deutlich geklärt. Vielleicht ist die Kritik am Unterrichtshaushalt und an seinem Volumen deshalb so bescheiden ausgefallen, weil jedem bewusst sein dürfte, dass 83 Millionen EUR inklusive Infrastrukturausgaben sogar in Venntalern umgerechnet sehr viel Geld ausmachen würden. 83 Millionen EUR ist auch viel im Vergleich zu dem, was unsere Partner im In- und Ausland für das Unterrichtswesen zur Verfügung stellen. Den Vergleich mit dem Ausland ziehen wir aus zahlreichen OECD-Studien. Dass wir uns auch im nationalen Vergleich nicht zu verstecken brauchen, zeigt bei allen Vorbehalten, die bei diesem Dokument angebracht sind, unter anderem auch die von Kollegen Franzen zitierte Studie von Namur. Unserer Interpretation dieser Studie zufolge liegen wir durchaus im Schnitt. Deshalb erstaunt es schon sehr, dass Sie, Kollege Franzen, gerade diese Studie genommen haben, um uns das Gegenteil davon vorzuwerfen. Aber gerade das zeigt wieder, wie oberflächlich Sie Haushaltsdokumente analysieren und wie oberflächlich das Fundament Ihrer gesamten Analyse des Haushaltes ist. Ich würde Ihnen empfehlen, nicht nur eine Seite aus der mehr als 40 Seiten umfassenden Studie zu lesen. Wenn Sie das tun würden, dann würden Sie auch eine Erklärung dafür finden, warum diese Studie für das deutschsprachige Belgien von Gesamtausgaben in Höhe von 255 Millionen EUR ausgeht, wobei Sie doch eigentlich wissen müssten, dass unser Haushalt 2005 nur 162 oder 163 Millionen EUR umfasste.

Gar keine Kritik hat es zu den inhaltlichen Prioritäten gegeben, die wir uns im Unterrichtswesen gesetzt haben. Ich freue mich darüber, dass es hierzu einen breiten Konsens gibt. Ausnahmslos alle Vorschläge der letzten Tage befinden sich im Maßnahmenkatalog unserer Regierung. Ein Teil dieser Vorschläge wurde bereits umgesetzt. Dazu zählt selbstverständlich auch die Maßnahme eines besseren Übergangs vom Primarschulwesen hin zum Sekundarschulwesen. Selbstverständlich müssen, Kollegin Thiemann, in diesen Prozess die Schulverantwortlichen auf beiden Seiten mit einbezogen werden. Genau das war der Hintergrund der bereits in der Presse angekündigten Open-Space-Konferenz.

Unser Gesamtkonzept für ein qualitativ anspruchsvolles und ein sozial gerechtes Unterrichtswesen wird also konsequent umgesetzt und wird durch einen strategischen Aktionsplan ergänzt werden. Ich bin überzeugt, dass auch die Ecolo-Fraktion den zeitlichen Prioritäten, die wir uns bei der Umsetzung dieses Gesamtkonzeptes vorgenommen haben, zustimmen kann. Wir werden das letztlich bei der Debatte über Ihren Resolutionsvorschlag erleben können. Ihre Aussagen verstehe ich zunehmend als den Versuch, einen Dissens zu provozieren, der weniger mit der Sache selbst als mit dem durchaus nachvollziehbaren Wunsch verbunden ist, als Ecolo-Fraktion in der Opposition ein eigenes Profil zu gewinnen.

Die zeitlichen Prioritäten wurden von allen akzeptiert. Deswegen brauche ich darauf nicht mehr im Detail einzugehen. Diese sind: das Sonderschuldekret, die Erst-, Aus- und Weiterbildung der Lehrer, die Dienstrechtsreform, ein System der Qualitätssicherung, das wir selbstverständlich nicht fallen lassen werden, den erwähnten Übergang vom Primar- zum Sekundarschulwesen und selbstverständlich auch - das ist in allen Dokumenten nachzulesen - die Förderung der Mehrsprachigkeit.

Kollegin Thiemann glaubte, heute noch einmal wiederholen zu müssen, dass die Probleme nicht angepackt würden. Selbstverständlich tun wir sehr viel zur Förderung der Mehrsprachigkeit. Wir haben Ihnen im September eine Reihe von Initiativen im Detail vorgestellt. Ich erinnere mich sehr gut daran, dass Sie, Frau Kollegin Thiemann, diese Initiativen damals als durchaus positiv anerkannt hatten. Ich habe Ihnen gesagt, was wir bei der Umsetzung dieser Maßnahme und den acht oder neun Projekten bereits geleistet haben. Ich habe auf die zahlreichen Weiterbildungsveranstaltungen, die

Studientage, die Initiativen im Bereich der Schulbücher, die zahlreichen euregionalen Umfragen und auf Immersionsprojekte hingewiesen. Ich habe all das in einem Dokument zusammengefasst, das ich dem Ausschuss vorgestern gerne zugestellt habe. Ich hätte noch vieles hinzufügen können, so etwa die Initiativen des Arbeitsamtes und der Erwachsenenbildungsorganisationen. Ich hätte vor allem den Beitritt der Autonomen Hochschule zum Pôle Mosan hinzufügen können, um die wichtigen Kontakte mit der Französischen Gemeinschaft zu vertiefen, die eine von mehreren Voraussetzungen dafür sind, dass unsere Schüler und Studenten in der Praxis mehr Französisch lernen. Vor allem hätte ich hinzufügen können, dass wir die so wichtigen Lehrpläne gerade im Fachbereich Französisch nun entworfen haben und in den nächsten Tagen auch den Schulen zur Diskussion und zur Begutachtung zustellen werden.

Die Kritik zur Gesamtfinanzlage der Deutschsprachigen Gemeinschaft fiel dagegen schon sehr viel heftiger aus. Aber, Kollegin Thiemann und Kollege Franzen, so heftig die Kritik auch war, so oberflächlich war sie auch. Ich würde in diesem Punkt sogar hinzufügen: Sie war nicht nur oberflächlich, sondern sie war völlig alternativlos, widersprüchlich und unglaubwürdig. ... (*Zwischenruf von Frau Thiemann*) ... Das werde ich Ihnen nicht nur kurz erläutern, sondern sogar beweisen können.

Erstens ist es völlig falsch zu behaupten, dass die Simulation keine Handlungsspielräume enthält. Sie haben das offensichtlich nicht nachgerechnet. Zweitens haben Sie bei der Behauptung, die Verschuldung würde sich in dieser Legislaturperiode um 60% erhöhen, völlig falsche Zahlen genannt. Offenkundig haben Sie sich nur Seite 9 der Simulationstabelle angeschaut und darauf Ihre Behauptung gegründet. Sie behaupten also, Kollege Franzen, dass diese Regierung in dieser Legislaturperiode das Volumen der alternativen Finanzierungen um 38 Millionen EUR erhöht. Wenn Sie die Simulation auch nur ein bisschen detaillierter nachlesen würden, könnten Sie sehr schnell feststellen, dass diese Zahl nicht stimmt. Nein, die Summe der neuen alternativen Finanzierungen ist in dieser Simulation weitaus niedriger. Wenn Sie, Kollege Franzen, Verschuldungsraten miteinander vergleichen wollen, dann müssen Sie natürlich auch bereit sein, die entsprechenden Dokumente miteinander zu vergleichen.

Die finanzpolitischen Fakten sind eigentlich sehr einfach und kurz zusammenzufassen: 2004, 2005 und 2006 werden die ehrgeizigen Ziele dieser Regierung voraussichtlich erreicht, Ziele, die wir uns in unserer Regierungserklärung vorgenommen hatten, Ziele, die mit einer sehr strengen und daher nicht immer einfachen Haushaltsdisziplin verbunden sind. Ich stimme Kollege Palm ausdrücklich darin zu, dass, unabhängig von vertraglichen Verpflichtungen bei der finanzpolitischen Bewertung der Einhaltung der Norm des Hohen Finanzrates, selbstverständlich die gesamte Legislaturperiode betrachtet werden muss. Es hat schließlich keinen Sinn, beispielsweise am 20. Dezember strukturelle Sparmaßnahmen zu beschließen, Personen zu entlassen, nur weil beispielsweise die Gelder aus Luxemburg nicht am 31. Dezember 2006, sondern am 1. Januar 2007 eintreffen würden.

Die Kritik der CSP an der finanzpolitischen Lage war oberflächlich. Sie war auch alternativlos, weil keine Alternativen genannt wurden. Ganz im Gegenteil, Sie haben in allen Interventionen keine Kürzungen gefordert, sondern haufenweise Erhöhungen. Kollege Franzen sagte beispielsweise in seiner Eröffnungsrede zu diesem Haushalt, die Ausgaben müssten gekürzt werden. Seine Kolleginnen und Kollegen haben in ihren Interventionen zu allen Organisationsbereichen das Gegenteil gefordert, nämlich eine Erhöhung der Ausgaben. Das macht die Kritik nicht nur alternativlos, sondern es macht sie auch noch widersprüchlich.

Was ich eben in Bezug auf den Durchforstungsprozess vernommen habe, verschlimmert die Angelegenheit. Ihre Weigerung, sich aus der Opposition heraus an diesem Prozess zu beteiligen, beweist nämlich, dass Sie nicht nur keine Alternativen haben, Sie sind noch nicht einmal bereit, Kolleginnen und Kollegen der CSP, überhaupt ...

FRAU THIEMANN *(aus dem Saal)*.- Wann hören Sie endlich mal zu, wenn man etwas sagt? Und verdrehen Sie einem nicht ständig das Wort im Mund!

HERR PAASCH, Minister.- ... an Alternativvorschlägen mitzuarbeiten, jedenfalls so lange - das haben Sie doch eben gesagt - Sie nicht selbst an der Mehrheit beteiligt sind. Sie sind also noch nicht einmal bereit, darüber nachzudenken, welche Alternativen es denn überhaupt geben könnte. Im Übrigen, Kollegin Thiemann, das, was Sie eben gesagt haben, ist gleichzeitig auch ein Offenbarungseid. Seit Monaten diskutieren wir mit Ihrer Fraktion über Papiere, die eine Grundlage für einen Durchforstungsprozess darstellen könnten. Dabei haben Sie nie eine Mehrheitsbeteiligung gefordert. Und heute Abend ...

DER PRÄSIDENT.- Sie haben ein Mikrophon. Sie brauchen nicht zu schreien!  
*(Vereinzelter Applaus)*

HERR PAASCH, Minister.- ... erfahren wir, Kollegin Thiemann, dass Sie von Anfang an nicht bereit gewesen sind, gleich welches Papier vorgestellt worden wäre, sich an diesem Durchforstungsprozess zu beteiligen, denn es durfte Ihnen doch klar sein, dass Sie die Regierung in diesem Jahr nicht stürzen würden. Es dürfte Ihnen folglich auch klar gewesen sein, dass die Voraussetzung, die Sie heute formulieren, nämlich an der Mehrheit beteiligt zu sein, nicht erfüllbar war. Sie haben also eine Show abgezogen, und wir dürfen uns heute schon die Frage stellen, warum Sie uns und die gesamte Öffentlichkeit in dieser Form so lange hinters Licht geführt haben.

Außerdem ist die ganze Sache noch ein Stück schlimmer geworden dadurch, dass ausschließlich wegen Ihnen nun auch die anderen Fraktionen der Opposition sich an diesem Prozess nicht mehr beteiligen wollen. ... *(Unruhe im Saal)* ... Sie brauchen doch nur die Interventionen der Kollegen nochmals nachzulesen, dann werden Sie das feststellen, Kolleginnen und Kollegen!

FRAU THIEMANN *(aus dem Saal)*.- Sie sind in der Mehrheit! Haben Sie den Mut, die Durchforstung durchzuführen!

HERR PAASCH, Minister.- Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSP! Selbstverständlich werden wir im Gegensatz zu Ihnen unsere Verantwortung übernehmen. ... *(Unruhe im Saal)* ... Das, was Sie heute und was Sie in den letzten Tagen gesagt haben, ist oberflächlich, ist widersprüchlich, ist alternativlos, und es ist zudem auch noch unglaubwürdig. Unglaubwürdig deshalb, erstens, weil keine Bereitschaft zu Alternativen vorliegt, und, zweitens, weil eine andere Voraussetzung für eine denkbare Glaubwürdigkeit auch nicht erfüllt ist, nämlich der Beweis dafür, dass Sie es besser machen könnten. Diesen Beweis haben Sie zu keinem Zeitpunkt Ihrer eigenen Mehrheitsbeteiligung erbracht.

Ich brauche nicht zu wiederholen, was ich Ihnen bereits vor genau einem Jahr vorgerechnet habe. Sie haben in der letzten Legislaturperiode Ihrer Mehrheitsbeteiligung Defizite in Höhe von 10 Millionen EUR pro Jahr produziert. Unser Haushalt 2006 schließt zwar mit einem bescheidenen, aber trotzdem denkbaren Bonus ab. Sie haben Anleihen in einer Größenordnung von 7 Millionen EUR pro Jahr aufgenommen. ... *(Zwischenruf von Herrn Franzen)* ... Ja, Sie waren doch sicher dabei! Oder möchten Sie das heute bestreiten? ... *(Unruhe im Saal)* ... Können Sie es besser machen, wenn eine Regierung, die von Ihrem Finanzminister ...  
*(Zwischenrufe)*

DER PRÄSIDENT.- Bitte unterbrechen Sie den Redner nicht, ohne die Erlaubnis zu fragen!

HERR PAASCH, Minister.- Wenn eine Opposition heute Glaubwürdigkeit haben will, dann muss sie entweder Alternativen vorlegen oder beweisen, dass sie es besser machen kann. Ich zeige Ihnen ja nur, dass Sie es nicht besser gemacht haben. Da fällt mir übrigens noch ein Zitat des Kollegen Franzen ein. Ich glaube, es war im Jahr 1997, als Kollege Franzen sagte, dass Finanzen dann stabil sind, wenn die Höhe der Anleihen die Summe der Infrastrukturausgaben nicht überschreitet. Dass dies keine einfache

Aufgabe ist, wissen wir spätestens dann, wenn wir uns anschauen, was beispielsweise in benachbarten Regionen zu diesem Thema diskutiert wird. Diese Aussage von Kollege Franzen ist gar nicht so falsch. Sie ist beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland Verfassungsgrundsatz: Ein verfassungskonformer Haushalt wird in Deutschland dann verabschiedet, wenn die Summe der Anleihen die Summe der Infrastrukturausgaben nicht überschreitet. Kollege Franzen und alle CSP-Mitglieder wissen, wie schwierig ihnen das Erreichen dieses Ziels gefallen ist, als sie damals an der Regierungsmehrheit beteiligt waren. Andere haben auch große Schwierigkeiten damit.

Aber wie sieht heute dieses Verhältnis zwischen Anleihen und Infrastrukturausgaben im Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft aus? Wer heute von übertriebener Verschuldung spricht, wer heute sagt, wir würden zukünftigen Generationen alle Handlungsspielräume wegnehmen, der sollte sich die Summe der Infrastrukturausgaben in dieser Legislaturperiode anschauen. Alleine in den Ausgabeermächtigungen sind 50 Millionen EUR eingetragen, also zwei Milliarden alter Franken. Für diese 50 Millionen EUR wird nicht ein einziger Euro an Anleihen aufgenommen. Hinzu kommen selbstverständlich die neuen alternativen Finanzierungen. Wenn Sie einmal genau nachrechnen und mit dem Stand von Dezember 2003 vergleichen, dann kommen Sie in der Simulation auf eine Summe von etwa rund 11,5 Millionen EUR. Aus diesem Verhältnis zwischen Infrastrukturausgaben und Anleihen - der Verfassungsgrundsatz in anderen Ländern und das, was Kollege Franzen selbst als Grundlage einer stabilen Finanzpolitik bezeichnete - ergibt sich, dass wir nicht einmal 20% unserer Infrastrukturausgaben über Anleihen finanzieren, dass wir folglich 80% aller unserer Investitionen mit Eigenmitteln aus der Kasse bestreiten. Wer dann noch behauptet, wir würden zukünftigen Generationen die Handlungsspielräume wegnehmen, der lügt schlicht und ergreifend!  
(Applaus bei der PJU/PDB, SP und PFF)

HERR FRANZEN (aus dem Saal).- Gestatten Sie eine kleine Zwischenbemerkung?

HERR PAASCH, Minister.- Sehr gerne!  
(Unruhe im Saal)

HERR FRANZEN (aus dem Saal).- Wenn Sie sagen, „aus der Kasse bestreiten“, dann müssen Sie bitte „aus der zukünftigen Kasse“ sagen und dass die Gemeinden zwei Jahre auf ihr Geld warten müssen!

HERR PAASCH, Minister.- Nein, Kollege Franzen!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident.- Das stimmt doch gar nicht!

HERR PAASCH, Minister.- Nein, Kollege Franzen, ich bezog mich auf die 50 Millionen EUR bei den Ausgabeermächtigungen!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident.- Sie können doch lesen!

HERR PAASCH, Minister.- Die 50 Millionen EUR an Ausgabeermächtigungen werden in dieser Legislaturperiode bezahlt. Es geht also nicht um zukünftige Generationen!

HERR FRANZEN (aus dem Saal).- Nennen Sie auch die eingegangenen Verpflichtungen!

HERR PAASCH, Minister.- Ich habe die Summe aller Ausgabeermächtigungen genannt, also die Summe der Infrastrukturausgaben! Um die geht es hier schließlich!

HERR FRANZEN (aus dem Saal).- Ja, so kann man es drehen, um zu sagen: „Es ist gut!“

HERR PAASCH, Minister.- Nein, da gibt es nichts zu drehen! Das sind die Fakten!

HERR FRANZEN (*aus dem Saal*).- Die bis heute eingegangenen Verpflichtungen müssen aber später bezahlt werden!  
(*Unruhe im Saal*)

HERR PAASCH, Minister.- Ich habe somit bewiesen, wie oberflächlich Ihre Haushaltsanalyse und -lektüre offenkundig ist. Also bitte, bestreiten Sie nicht die nackten Fakten, die ich hier vortrage!

Lassen Sie mich mit einer Schlussfolgerung schließen. Die CSP hatte zu Beginn dieser Haushaltsdebatten geglaubt, die Aktie der Deutschsprachigen Gemeinschaft schlecht bewerten zu müssen. Kolleginnen und Kollegen der CSP, das mag Ihre Meinung sein. Aber eines steht unzweifelhaft fest: Seitdem Sie nicht mehr die Verantwortung für die Finanzen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tragen, hat der Wert dieser Aktie um ein Vielfaches zugenommen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!  
(*Applaus bei der PJU/PDB, SP und PFF*)